

8 6. Mai 77 17

Die atlantischen Beziehungen und die Schweiz

I. Mit seiner Rede vom 23. April 1973 in New York hatte Staatssekretär Kissinger den Versuch unternommen, im Rahmen eines Europajahres eine neue "Atlantische Charta" auszuarbeiten, die sämtliche Beziehungen über den Atlantik hinweg im Sinne der Partnerschaft einer dynamischen Neuordnung unterziehen sollte. Die USA wären bereit gewesen, eine Garantie für die Weiterführung ihrer militärischen Präsenz in Europa zu gewähren, Europa vermehrt in den fortlaufenden West-Ost-Dialog einzuschalten und die gegenseitige Nicht-Einmischung in aussereuropäische Interessensphären zu gewährleisten. Dazu hätte auch Japan auf eine noch zu bestimmende Art in diese neue Gemeinschaft einbezogen werden sollen.

Die nachfolgenden intensiven diplomatischen Anstrengungen zeigten sehr bald, dass die Stossrichtung dieser Vorschläge eigentlich nur die E.G.-Länder anvisierte. Japan zeigte rasch sein Desinteresse an einer solchen Form eines Engagements ausserhalb seiner natürlichen Interessensphäre. Eine Reise Nixons nach Brüssel war für das Frühjahr 1974 vorgesehen, wo eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden sollte. Angemeldete Interessen von dritter Seite, etwa Oesterreichs, wurden kaum zur Kenntnis genommen. Ausserhalb des Kreises der NATO-Länder wurde amerikanischerseits nur zu Spanien eine nähere Bindung aufrechterhalten.

Die Entwicklungen des Jahres 1974 entsprachen dann allerdings den amerikanischen Erwartungen keineswegs. Parallel zu den Meinungsverschiedenheiten anlässlich der Energiekrise setzte sich die E.G. - insbesondere unter dem Einfluss des französischen Präsidenten Pompidou und Aussenminister Joberts - gegen einen institutionnalisierten Einfluss der Supermacht USA zur Wehr. Unter dem Eindruck der Watergate-Affäre und auch der erfolgreichen Entspannungsbemühungen der KSZE entwickelten sich in den USA isolationnistische Tendenzen. Kissinger selbst wurde immer mehr durch seine mittelöstliche "shuttle-diplomacy", seinen



Dialog mit der UdSSR und seine Auseinandersetzungen mit dem amerikanischen Kongress absorbiert.

Innerhalb der EG konnten in der Folge die Meinungsverschiedenheiten über die Beziehungen zu den USA aufgrund der Gymnich-Formel einer je bilateralen Fortführung des Dialogs beigelegt werden. Dadurch wurde jedoch die Beteiligung der Nicht-Neun, d.h. besonders der Neutralen Staaten Westeuropas am atlantischen Dialog ausgeklammert.

- II. Die Wahl Präsident Carters und die Anzeichen eines erneuten grösseren Interesses der USA für die europäischen Belange (z.B. die Reise Vize-Präsident Mondales in 5 europäische Hauptstädte unmittelbar nach der Amtsübernahme der neuen Verwaltung) würde einen neuen Anlauf unsererseits zur Anmeldung unseres Interesses an einer unserer Neutralität entsprechenden Form der Beteiligung am atlantischen Dialog rechtfertigen.

Die ursprünglich von Kissinger anvisierte Globalisierung dieses Dialogs (d.h. die Zusammenfassung der verteidigungspolitischen, wirtschaftlichen, monetären und politischen Aspekte) dürfte nach den Erfahrungen des Jahres 1974 aus den amerikanischen Überlegungen ausgeschlossen bleiben. Dieser Umstand könnte die Beteiligung von Staaten, die den E.G. nicht angehören, weiterhin begünstigen.

Die Entwicklung der diplomatischen Aktivität der Schweiz in den letzten Jahren liefert Ansätze zu solchen Formen der Diskussion: unsere Teilnahme am Nord-Süd Dialog hat uns im Rahmen der G-8 in den Bereich einer erweiterten "atlantischen" Gruppierung gebracht. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik ist zwar heute weitgehend ein Anliegen der wirtschaftlichen Grossmächte (Londoner Gipfel). Die OECD bleibt daneben immerhin ein unseren Belangen angemessenes Forum wo alle in Frage kommenden Staaten vertreten sind. Ausserdem hat die Schweiz hinsichtlich der Zollverhandlungen und bei den monetären Erörterungen Zugang zu den massgebenden Gremien.



Die Gebiete, wo wir uns aus neutralitäts-politischer Rücksicht Zurückhaltung auferlegen müssen, bleiben beschränkt auf die Gebiete, wo die NATO gesamthaft als Verkörperung der "atlantischen Hemisphäre" auftritt: die strategisch-politischen Belange der Verteidigung des Westens und die daraus resultierenden militärischen Massnahmen; die gesamte West-Ost-Beziehung, einschliesslich der KSZE, wo die Schweiz weiterhin spezifische Aktionen vermeiden muss, die uns in den Bannkreis eines der Blöcke einschliessen würden.

Ausserhalb der multilateralen Organisationen eröffnen uns vorab die bilateralen Beziehungen, sowohl zu den USA wie zu den einzelnen Mitgliedern der Neun die beste Chance, unsere Anliegen bekannt zu machen.

Für uns, wie auch für die anderen westeuropäischen Neutralen, bietet die Stabilität des atlantischen Systems - unter Einbezug der strategisch-politischen Sicherheit des Westens, eines vernünftigen Interessenausgleichs in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen den USA und den E.G. sowie eines empirischen Fortbestehens des politischen Dialogs zwischen den USA und den Neun - die beste Gewähr für unsere eigene Weiterentwicklung. Es liegt in unserem Interesse, die neue amerikanische Administration mit unserer Haltung vertraut zu machen, um sie für unsere Anliegen in den verschiedenen Gebieten der Zusammenarbeit, die für uns in Frage kommen - zugänglich zu machen.

Politische Abteilung I  
i.A.

*C. Caratsch*

C. Caratsch